

AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.
El Salvador-Koordinationsgruppe . Postfach 7123 . 71317 Waiblingen
T: +49 7151 28289 . F: +49 7181 43987 . E: info@ai-el-salvador.de
W: <https://www.amnesty.de> . <https://www.ai-el-salvador.de>
https://twitter.com/AI_El_Salvador
<https://www.facebook.com/AmnestyMenschenrechteElSalvador/>

SPENDENKONTO . Bank für Sozialwirtschaft
IBAN DE23 3702 0500 0008 0901 00 . BIC BFSWDE33XXX . Zweck: 2129



05. Dezember 2023

EL SALVADOR: POLITISCHE ENTSCHEIDUNGEN, IHRE UMSETZUNG UND MISSBRÄUCLICHE WILLKÜRLICHE GESETZGEBUNG VERLETZEN DIE MENSCHENRECHTE UND BEDROHEN BÜRGERLICHE HANDLUNGSSPIELRÄUME

Pressemitteilung

In El Salvador ist ein alarmierender Rückgang der Achtung und des Schutzes der Menschenrechte zu verzeichnen, erklärte Amnesty International heute anlässlich der Veröffentlichung des neuen Berichts "Hinter dem Schleier der Popularität: Unterdrückung und Rückschritt bei den Menschenrechten in El Salvador".

"Die von uns dokumentierte Verschlechterung der Menschenrechtssituation in El Salvador in den letzten Jahren ist äußerst alarmierend. Die Konzentration auf hochrepressive Sicherheitsmaßnahmen und die Schwächung des Rechtsstaats haben das Land in eine der schwersten Krisen seit dem Ende des internen bewaffneten Konflikts geführt", sagte Ana Piquer, Direktorin für Nord- und Südamerika bei Amnesty International.

Auf der Grundlage von drei Untersuchungsmissionen und 83 Interviews dokumentiert der Bericht die Schaffung eines Kontextes, der durch eine zunehmend strafende und repressive Ausrichtung im Bereich der öffentlichen Sicherheit gekennzeichnet ist. Dazu gehören die Verabschiedung eines Rechtsrahmens, der ordnungsgemäße Gerichtsverfahren bedroht, und die systematische Anwendung von Folter und anderen Misshandlungen von Gefangenen in Gefängnissen. Außerdem wurden eine Reihe von Regierungsmaßnahmen ergriffen, die den zivilen Handlungsspielraum einschränken. Gemäß internationaler Menschenrechtsnormen dürfen das absolute Verbot von Folter und anderer Misshandlungen sowie das Legalitätsprinzip niemals außer Kraft gesetzt werden, auch nicht in Ausnahmesituationen.

Die Organisation bestätigte auch, dass Faktoren vorherrschen, die die Wehrlosigkeit der Menschen verstärken, zum Beispiel durch die Schwächung der Unabhängigkeit der Justiz, durch den Missbrauch der Strafjustiz, die Verheimlichung öffentlicher Informationen und die Ineffizienz der Rechenschaftspflicht und der Mechanismen zur Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen, die von staatlichen Akteuren begangen werden.

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Die Kehrseite des Ausnahmezustands

Amnesty International hat bestätigt, dass die salvadorianischen Behörden im Rahmen des Ausnahmezustands 21 Monate lang ununterbrochen die Grundrechte eingeschränkt und verletzt haben, einschließlich des Rechts auf Leben und des Verbots der Folter. Die Notstandsmaßnahmen haben zu wiederkehrenden Mustern von Rechtsverletzungen während der Festnahme-, Verfahrens- und Haftzyklen geführt, darunter massenhafte willkürliche Verhaftungen, gewaltsames Verschwindenlassen, Folter und grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung von Personen in Haftanstalten sowie der Tod von Personen in staatlichem Gewahrsam - einige davon als Folge von Folter oder anderen Misshandlungen.

Amnesty International hat drei alarmierende Merkmale dieser Situation festgestellt: 1) die massive Anzahl der begangenen Menschenrechtsverletzungen; 2) das hohe Maß an staatlicher Koordination bei der Planung und Durchführung dieser Maßnahmen; und 3) eine staatliche Reaktion, die dazu neigt, diese Taten zu vertuschen und herunterzuspielen, und die sich weigert, die Missbräuche anzuerkennen und sorgfältig zu untersuchen.

Die dokumentierten Fälle betreffen Menschen, die willkürlich inhaftiert wurden, und andere Menschen, deren Lebenspläne durch falsche Anschuldigungen zerstört wurden. Dokumentiert wurde auch die Förderung eines Klimas der Rache und des Misstrauens zwischen Mitgliedern derselben Gemeinschaft; der verwundbarste Teil der Bevölkerung lebt in der Angst, Opfer von Willkür und behördlichem Missbrauch zu werden.

Laut einer Analyse von Datenbanken zivilgesellschaftlicher Organisationen, zu denen Amnesty International Zugang hatte, weisen die Opfer willkürlicher Verhaftungen drei gemeinsame sozioökonomische Merkmale auf: Niedriges Bildungsniveau, prekäre Beschäftigung und Wohnsitz in Gegenden, die durch Armut oder Bandenkontrolle stigmatisiert sind.

Angesichts dieser Geschehnisse warnt die Organisation, dass die Gewalt der Banden allmählich durch Gewalt des Staates ersetzt wird, deren vorrangige Opfer weiterhin die armen Gemeinden sind, die seit jeher von der Kriminalität heimgesucht werden.

"Es handelt sich nicht um Einzelfälle, sondern um ein Muster von systematischem und weit verbreitetem Missbrauch, von dem vor allem marginalisierte und verarmte Gemeinschaften betroffen sind. Was wir in El Salvador erleben, ist eine tragische Wiederholung der Geschichte, in der staatliche Gewalt allmählich die Bandengewalt ersetzt und dieselben gefährdeten Gemeinschaften in einem endlosen Kreislauf von Missbrauch und Verzweiflung gefangen bleiben", sagte Ana Piquer.

Der Bericht weist auf die Gefahren der ständigen Rechtsreformen hin, die unter dem Vorwand der Erleichterung bei der Durchführung des Ausnahmezustands beschlossen werden. Sie ermöglichen die Aussetzung einer Reihe von Rechten und Verfahrensgarantien und verleihen ihnen den Anschein der Legalität.

Zu den wichtigsten Änderungen, die eingeführt wurden, gehört die Verschleierung der Identität der Richter. Außerdem wird automatisch Untersuchungshaft bei Straftaten im Zusammenhang mit Bandenkriminalität angeordnet, ohne dass die Fälle im Hinblick auf diese Maßnahme individuell geprüft werden, um beispielsweise die Begehung einer schweren Straftat oder Fluchtgefahr zu verhindern. Die Befristung von Untersuchungshaft bei Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen oder illegalen Gruppen wurde aufgehoben. Untersuchungshaft ist jetzt auf unbestimmte Zeit möglich und gefährdet das Recht auf ein Gerichtsverfahren oder auf Freilassung innerhalb einer angemessenen Frist.

Nach öffentlichen Erklärungen von Staatsbeamten wurden mehr als 7.000 Personen, die unter dem Verdacht der Bandenmitgliedschaft inhaftiert und im Rahmen dieser Reformen vor Gericht standen, unter der Auflage alternativer Maßnahmen zur Untersuchungshaft "freigelassen". Viele von ihnen waren länger als ein Jahr inhaftiert und wurden öffentlich als Teil einer "Fehlertoleranz"



bezeichnet. Amnesty International warnt davor, dass, selbst wenn die gesetzgebende Versammlung beschließen sollte, den Ausnahmezustand nicht zu verlängern, die Gefahr einer Verschärfung der Menschenrechtskrise und der Schutzlosigkeit der Bevölkerung bestehen bleibt, wenn die Reformen, die die Garantien für faire Gerichtsverfahren untergraben, nicht rückgängig gemacht werden.

Schließlich kommt der Bericht auf der Grundlage einer Analyse der öffentlichen Erklärungen der höchsten Regierungsstellen, der Berichte der Zivilgesellschaft und der von Amnesty International gesammelten Zeugenaussagen und Dokumente zu dem Schluss, dass der salvadorianische Staat in Bezug auf die Situation der Gefangenen und die Bedingungen in den Haftanstalten eine systematische Folterpolitik gegenüber allen Personen verfolgt, die unter dem Ausnahmezustand wegen des Verdachts der Bandenmitgliedschaft inhaftiert sind. Zu den schwerwiegendsten Folgen dieser Politik gehören die Todesfälle in staatlichem Gewahrsam, von denen einige eindeutige Anzeichen von Gewalt aufweisen, während viele andere auf unmenschliche Haftbedingungen oder die Verweigerung von medizinischer Versorgung und Medikamenten zurückzuführen sind.

Bis Oktober 2023 zählten lokale Gruppierungen, die Opfer und ihre Familien vertreten, und Menschenrechtsorganisationen mehr als 73.800 Festnahmen, 327 Fälle von erzwungenem Verschwinden, rund 102.000 Inhaftierte - damit ist El Salvador das Land mit der weltweit höchsten Inhaftierungsrate -, eine Überbelegung der Gefängnisse von rund 236 Prozent und mehr als 190 Todesfälle in staatlichem Gewahrsam.

Angriff auf bürgerlichen Handlungsspielraum

Amnesty International hat auch eine Zunahme staatlicher Maßnahmen festgestellt, die die Meinungs- und Vereinigungsfreiheit bedrohen und die Ausübung des Rechts auf friedliche Versammlung, auf Teilnahme an öffentlichen Angelegenheiten und auf Zugang zu öffentlichen Informationen behindern.

Zu den wichtigsten Taktiken, die die Behörden zu diesem Zweck anwenden, gehören

- 1) Äußerungen der Regierung in den Medien, die darauf abzielen, die Arbeit zur Verteidigung und Förderung der Menschenrechte und der Transparenz zu stigmatisieren;
- 2) Schikanen gegen Journalist*innen und jede Form von Dissens oder Kritik;
- 3) Verheimlichung und Manipulation öffentlicher Informationen;
- 4) Verwendung vager strafrechtlicher Definitionen, die Menschenrechtsverteidig*innen und/oder Journalist*innen in Gefahr bringen können;
- 5) Aufrufe an staatliche Institutionen, aus Gründen der öffentlichen Ordnung oder der nationalen Sicherheit die Wahrnehmung der Menschenrechte zu verletzen oder zu behindern; und
- 6) Stärkung der Befugnisse einiger Regierungsministerien und übermäßige Kontrolle der Medien und zivilgesellschaftlicher Organisationen.

Diese Taktik richtete sich vor allem gegen Menschenrechtsverteidiger*innen, unabhängige Medien und Journalist*innen, zivilgesellschaftliche Organisationen, Gewerkschaft*innen und Justizbeamt*innen, die ihre Unabhängigkeit und ihre Achtung der Legalitätsprinzipien und Rechtsstaatlichkeit unter Beweis gestellt hatten. Die alarmierendsten Fälle der Aussetzung von Rechten betreffen die Anwendung der Maßnahmen des Ausnahmezustands, um kritische Stimmen zu kriminalisieren - bisher diejenigen, die mit der Verteidigung von Land, Territorium, natürlichen Ressourcen, Arbeitsrechten und der Stärkung des sozialen Zusammenhalts auf Gemeindeebene in Verbindung stehen.

All diese Elemente haben ein Umfeld geschaffen, in dem Fehlinformationen zunehmen und ein institutioneller Diskurs



gefördert wird, der Diskriminierung, Feindseligkeit und Gewalt als Reaktion auf Kritik und abweichende Meinungen begünstigt. Darüber hinaus haben die Selbstzensur und das Selbstexil derjenigen zugenommen, die als Opfer von Menschenrechtsverletzungen feststellen mussten, dass die staatlichen Institutionen ihnen keinen Schutz gewähren.

In ihren Empfehlungen fordert Amnesty International den salvadorianischen Staat auf, die repressive Sicherheitspolitik zu beenden. Dazu gehört auch die Beendigung der Menschenrechtsverletzungen, die sich aus der Anwendung des Ausnahmezustands ergeben, sowie die Rücknahme der Gesetzesreformen, die ein ordnungsgemäßes Gerichtsverfahren verletzen und Rechtsgarantien aushebeln. Die Organisation erinnert daran, dass nach internationalen Menschenrechtsnormen alle Maßnahmen in Ausnahmesituationen, die die Unabhängigkeit oder Sicherheit des Staates bedrohen, strikt auf die Erfordernisse der Situation beschränkt sein und dem Grundsatz der Nichtdiskriminierung entsprechen müssen. Grundrechte wie das Recht auf Leben, das Verbot der Folter und grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung sowie das Recht auf Freiheit und Sicherheit der Person sind unveräußerlich und dürfen niemals ausgesetzt werden.

Amnesty International empfiehlt darüber hinaus, einen organisierten Rückzug der Streitkräfte aus Aufgaben der öffentlichen Sicherheit zu gewährleisten und die Kapazitäten der nationalen Zivilpolizei zu stärken. Amnesty International erinnert den Staat an die Notwendigkeit, die volle Unabhängigkeit und Autonomie der Justizorgane zu gewährleisten, das Recht auf freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlung zu garantieren und jede Form der Einschränkung, Stigmatisierung und Kriminalisierung kritischer und abweichender Stimmen zu beenden.

Schliesslich ruft die Organisation die internationale Gemeinschaft auf, eine entschiedene und nachhaltige Haltung gegenüber den Rückschritten im Bereich der Menschenrechte in El Salvador einzunehmen und die Behörden zu drängen, den Empfehlungen der Interamerikanischen Menschenrechtskommission und anderer Sondermechanismen der Vereinten Nationen Folge zu leisten.

Unverbindliche Übersetzung: El Salvador-Koordinationsgruppe

Verbindlich ist das englische Original: **El Salvador: Policies, practices, and abusive, arbitrary legislation violate human rights and threaten civic space**

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2023/12/el-salvador-policies-practices-legislation-violate-human-rights/>

